

KDFB – INFORMATIONEN 1/2010



Dokumentation

Sozialenzyklika

- 2** **Liebe Wahrheit, Gerechtigkeit und die Herausforderungen der Globalisierung**

Von Marianne Heimbach-Steins

Frauen in der Kirche

- 8** **Die Kirchen müssen sich deutlicher zu Wort melden**

KNA-Interview mit Bischöfin Maria Jepsen

Ethik

- 10** **Reflexion über ethische Themen muss gestärkt werden**

KNA-Interview mit der Erthik-Professorin Hille Hacker

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund
- Bundesgeschäftsstelle -
Kaesenstraße 18 - 50677 Köln
Telefon: (0221) 86092-0
Fax: (0221) 86092-79
Email: bundesverband(at)frauenbund.de
Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:

Gabriele Klöckner
gabriele.kloeckner(at)t-online.de

Sozialenzyklika „Caritas in veritate“

Liebe, Wahrheit, Gerechtigkeit und die Herausforderungen der Globalisierung

Zur Sozialenzyklika „Caritas in veritate“ Papst Benedikts XVI.

von Marianne Heimbach-Steins

Am 29. Juni 2009 wurde die Sozialenzyklika Benedikts XVI. „Caritas in veritate“ – „Die Liebe in der Wahrheit“ veröffentlicht. Der Erscheinungstag, das Fest Peter und Paul, war politisch geschickt gewählt: Es war der Vortag der Eröffnung des G8-Gipfels von l’Aquila – ein deutliches Signal für die Wirkungsabsicht, die der Papst mit seinem Weltrundschreiben verbindet.

Bei aller Beachtung, die der Text weltweit in den Medien gefunden hat, ist die öffentliche Diskussion über die lange erwartete päpstliche Wortmeldung längst wieder abgeflaut. Das liegt in der Eigendynamik einer schnelllebigen Mediengesellschaft, aber es hat sicher auch mit dem besonderen Charakter der päpstlichen Intervention zu tun: Das Dokument, das in großen Teilen theologisch-abstrakte Gedankengänge entwickelt, ist nicht leicht zu lesen, und viele der darin vorgetragenen Gedanken sind auch nicht leicht in die konkrete Erfahrungswirklichkeit zu übersetzen.

Mit etwas Abstand betrachtet, lohnt es sich gleichwohl zu fragen, was die Enzyklika für die Arbeit des Frauenbundes bedeuten kann, welche Impulse daraus gewonnen werden können.

Zur Erinnerung: Anlass und „Botschaft“ der Enzyklika

Benedikt XVI. knüpft an die Tradition der früheren Sozialenzykliken an, wie das in solchen Dokumenten üblich ist. Besonders bezieht er sich auf die Entwicklungszyklika Papst Pauls VI., „Populorum progressio“ (Über den Fortschritt der Völker); sie erschien 1967, kurz nach dem Konzil und in der ersten Phase der weltweiten Entwicklungspolitik und entwarf ein Bild von menschlicher Entwicklung, die mehr sein muss als ökonomischer Fortschritt, nämlich ganzheitliche Entfaltung der Person. Er nimmt deren Leitgedanken des „ganzheitlichen Humanismus“ auf: Entwicklung müsse am Wohlergehen des ganzen Menschen und der ganzen Menschheit ausgerichtet sein, d. h. nicht nur die materiellen Bedürfnisse der Armen befriedigen, sondern die Entwicklung der ganzen Person in ihren leiblichen, geistigen und geistlichen Bedürfnissen befördern.

Daraus ergibt sich zugleich eine scharfe Kritik von Fehlentwicklungen sowohl eines materialistischen Lebensstils als auch einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Papst Johannes Paul II. hatte in seiner Entwicklungszyklika „Sollicitudo rei socialis“ (Über die soziale Sorge der Kirche, 1987) pointiert von „Überentwicklung“ gesprochen, die genauso Ausdruck der Strukturen der Sünde sei wie die „Unterentwicklung“, die große Teile der Menschheit in Armut (vgl. SRS Nr. 28).

Benedikt knüpft hier an und setzt zugleich einen neuen Akzent, wenn er die Anforderungen an eine menschengerechte globale Entwicklung in einer ausführlichen theologischen Erörterung unter das Vorzeichen der von der Wahrheit geleiteten Liebe stellt. Er bezieht sich auf den Epheserbrief,

in dem die Adressaten aufgefordert werden, sich „von der Liebe geleitet an die Wahrheit zu halten“ (4,15 EÜ). Aber er dreht die Blickrichtung des Pauluszitates um, indem er fordert, der Leitfunktion der Liebe müsse die umgekehrte Orientierung zur Seite gestellt werden, so dass das Tun der Liebe von der Wahrheit angeleitet werde, um dem heute verbreiteten Relativismus entgegenzuwirken (vgl. Nr. 2).

Mit der ungewöhnlich starken (und nicht leicht nachzuvollziehenden) theologischen Perspektive, in der ein gewisser Kulturpessimismus durchscheint, markiert Benedikt ein Anliegen, das ihm offenbar sehr wichtig ist: Die Soziallehre soll eingeholt werden in die Lehre über den Menschen. Die Anthropologie soll der Sozialethik vorgeordnet werden; die Bindung an die Glaubenswahrheit wird betont; und die Liebe wird der Gerechtigkeit übergeordnet. Alle diese Aspekte zielen auch darauf, den Orientierungsanspruch des Glaubens sehr stark zu machen – bis dahin, dass der Papst behauptet, die „Zustimmung zu den Werten des Christentums sei [...] ein unverzichtbares Element für den Aufbau einer guten Gesellschaft und einer echten ganzheitlichen Entwicklung des Menschen“ (Nr. 4).

Darüber wird diskutiert werden müssen in einer pluralen Gesellschaft, in der nicht alle „Menschen guten Willens“, die ernsthaft zum Aufbau einer guten Gesellschaft beitragen, zugleich auch überzeugte Christen sind.

Unter dem Leitwort „Liebe in der Wahrheit“ werden sehr viele Themen und Probleme, die mit der globalen Entwicklung einhergehen, berührt – von der Marktwirtschaft über den Lebensschutz bis zur ökologischen Frage. Aber der Schwerpunkt liegt auf christlicher Glaubensüberzeugung und auf der besonderen Theologie der „Liebe in der Wahrheit“, die sehr deutlich die Handschrift des Papstes trägt.

Dem entspricht es, dass die strenge Analyse gesellschaftlicher Probleme und der Bezug auf die Gesellschaftswissenschaften nur eine untergeordnete Rolle spielen. Das ist deswegen bedauerlich, weil aus diesen Quellen wichtige Erkenntnisse gewonnen werden können, um klare Analysen der globalen Entwicklungsprobleme zu erarbeiten. Das kann nicht durch theologische Spekulation ersetzt werden! Gleichwohl will der Text aber Orientierung zu konkreten Herausforderungen der Globalisierung geben, insbesondere unter dem Eindruck der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Um darauf reagieren zu können, wurde das Erscheinen des Textes sogar noch einmal verzögert, weshalb sie schließlich erst zwei Jahre nach dem Jubiläum von „Populorum progressio“ veröffentlicht wurde.

Zur Orientierung: Welche Schwerpunkte zur Entwicklungs- und Globalisierungsproblematik setzt die Enzyklika?

Die Globalisierung sieht der Papst nüchtern: Sie sei sowohl eine Chance als auch eine Gefahr, aber kein blindes Schicksal. Es gelte, die Herausforderungen zu erkennen und mit der Verantwortung für das Allgemeinwohl darauf zu reagieren.

Eine zentrale Botschaft, die der Papst gerade unter dem Vorzeichen der Finanzmarktkrise zum Ausdruck bringt, lautet daher: *Es gibt keine moralfreien Räume* – nicht in der Wirtschaft und nicht in der Entwicklung und Anwendung technologischer Errungenschaften!

Globale Nachbarschaft

Die weltweiten Abhängigkeitsverhältnisse müssen als Herausforderung der Solidarität begriffen und angenommen werden: „Die zunehmend globalisierte Gesellschaft macht uns zu Nachbarn, aber nicht zu Geschwistern“ (Nr. 19); dieser Einsicht soll im Geist der „Liebe in der Wahrheit“ so begegnet werden, dass *aus globaler Nachbarschaft globale Geschwisterlichkeit* werden kann. In diesem Sinne sind die Chancen und Möglichkeiten des Globalisierungsprozesses verantwortlich zu nutzen. Wie groß die Herausforderungen und Probleme sind, denen der Mensch mit Verantwortung begegnen muss, macht die Enzyklika deutlich, wenn sie eine ganze Reihe ökonomischer und politischer Krisensymptome aufnimmt:

Der Markt und das Prinzip der Unentgeltlichkeit

Ähnlich, wie es sich schon in der letzten Sozialenzyklika Johannes Pauls II. („Centesimus annus“, 1991) abzeichnete, werden Markt und Wettbewerb grundsätzlich positiv gesehen, sofern sie an ethischen Zielen ausgerichtet sind und als Instrumente für die Versorgung der Menschen mit den notwendigen Gütern behandelt werden. Sie dürfen sich aber nicht verselbständigen und zum Selbstzweck werden, der losgelöst von ethischen Zielen nur noch einer Logik des Gewinns um seiner selbst willen folgt. Sehr deutlich mahnt Benedikt die moralische Dimension, die Verantwortung im Markthandeln und die Achtung der Gerechtigkeitsregeln in den Marktprozessen an, d. h. er plädiert für eine politische Ordnung, die den Markt begrenzt und „zähmt“, der ja nicht von sich aus Gerechtigkeit herstellen kann.

Die Enzyklika geht aber über das ordnungspolitische Anliegen hinaus, dem Markt durch eine soziale Ordnung die gebührenden Grenzen zu setzen, noch hinaus. Sie erhebt die Forderung, neben dem marktwirtschaftlich gewinnorientierten Prinzip müsse auch in der Wirtschaft selbst eine gegenläufige Logik wirksam werden. Benedikt nennt sie das „Prinzip der Unentgeltlichkeit“ bzw. die „Logik des Geschenks“, die Ausdruck der Brüderlichkeit sei (Nr. 34; 38).

Dass es in den gesellschaftlichen Austauschprozessen Handlungsweisen gibt und geben muss, die nicht marktförmig sind und einer solchen Logik der Unentgeltlichkeit folgen, leuchtet ein. Aber dem Papst geht es genauer darum, dieses Prinzip der Unentgeltlichkeit eben nicht nur im Bereich der zivilgesellschaftlichen Handlungsweisen zu stärken und zu würdigen, sondern er fordert es für den Bereich der Wirtschaft selbst ein. Dazu verweist er auf Non-Profit-Unternehmen und auf das Mikrofinanzwesen (Nr. 38; 65).

Andererseits deutet die Enzyklika aber an, dass das Anliegen einer „Gegenlogik“ des Schenkens, der Hingabe, der Selbstlosigkeit letztlich doch nicht durch den Markt, sondern nur auf der Grundlage der Haltung oder der Tugend bestimmter Akteure umgesetzt werden könne: „Es gibt keinen Markt der Unentgeltlichkeit, und eine Haltung der Unentgeltlichkeit kann nicht per Gesetz verordnet werden. Dennoch brauchen sowohl der Markt als auch die Politik Menschen, die zur Hingabe aneinander bereit sind.“ (Nr. 39).

So bleibt bei aller Sympathie für eine solche der Liebe geschuldete Haltung eine gewisse Ratlosigkeit: Dem Anliegen ist zweifellos zuzustimmen, aber es bleibt offen, wie es in der Wirtschaft auf faire (gerechte) Weise umgesetzt werden kann.

Notwendige Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kräfte

Im Zusammenhang mit den Überlegungen zur politischen und tugendethischen „Zähmung“ des Marktes greift Benedikt einen Gedanken auf, der in der Tradition der Sozialverkündigung gut verankert ist und zumal von Johannes Paul II. stark betont worden war: Die Stärkung der gesellschaftlichen Kräfte, die weder dem Markt noch dem Staat zuzuordnen sind – also jener Bereich, der heute meistens mit dem Stichwort Zivilgesellschaft umschrieben wird. Diese Kräfte – gesellschaftliche Initiativen, Verbände, Interessengruppen etc. – sind für die kritische Begleitung von Wirtschaft und Politik außerordentlich wichtig. Sie sind Ausdruck der Verantwortungsfähigkeit und der tatsächlichen Verantwortungsbereitschaft der Gesellschaftsmitglieder. Um unter Globalisierungsbedingungen wirksam handeln zu können, muss die Zivilgesellschaft sich selbst internationalisieren bzw. globalisieren. In vielen Bereichen geschieht das längst: etwa in der globalisierungskritischen Bewegung, in Menschenrechtsinitiativen und in der Ökologiebewegung.

Andere Bereiche müssen hier noch aufholen und bedürfen der Stärkung: Ausdrücklich werden die Gewerkschaften genannt, die als zivilgesellschaftliche Organisationen ein Gegenüber zur staatlichen Politik wie zu den Akteuren der Marktwirtschaft bilden. Für die Verteidigung der Rechte der arbeitenden Menschen kommt ihnen eine zentrale Rolle zu; damit sie angesichts von Arbeitslosigkeit, internationaler Mobilität der arbeitenden Menschen, vielfach nicht menschengerechter Arbeitsbedingungen bis hin zu Sklaverei-ähnlichen Arbeits- und Ausbeutungsverhältnissen Einfluss zurückgewinnen bzw. sichern können, ist die Internationalisierung der Gewerkschaftsbewegung unerlässlich (Nr. 64).

Gefährdung grundlegender Menschenrechte

Nicht nur im Bereich der Erwerbsarbeit sind grundlegende Menschenrechte gefährdet, sondern etwa auch im Bereich der Ernährungssicherheit und des Lebensrechts. Darauf weist die Enzyklika deutlich hin; sie tut dies unter besonderen Vorzeichen: Zum einen vertritt Benedikt ein sehr weit gefasstes Entwicklungsverständnis, das die Entwicklung der menschlichen Person, also die Individualentwicklung als moralische Aufgabe, sehr eng verknüpft mit den Problemen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Völker, also mit der Problematik weltweiter Gerechtigkeit. Das ist auf einer abstrakten Ebene nachvollziehbar, aber es erschwert eine genaue Wahrnehmung der konkreten Einzelprobleme und ihrer Ursachen, auf die mit ethisch verantwortbaren politischen Konzepten reagiert werden muss.

Zum anderen rückt der Papst die Fragen der Lebensethik und die Fragen der Sozialethik als Institutionenethik in einen sehr engen Zusammenhang. Unter diesem Vorzeichen bündelt er eine ganze Reihe von Fragen, die mit Gefährdung und Schutz des menschlichen Lebens zu tun haben, zu einem Problemkomplex. Wiederum gilt: Abstrakt gesehen ist das nicht unplausibel, aber konkret erscheint es doch nicht unproblematisch, wenn Kindersterblichkeit, Empfängnisregelung, Abtreibung und die Anklage einer geburtenfeindlichen Mentalität sehr pauschal als ein einziges Problem identifiziert werden (vgl. Nr. 28), ohne dass vertiefend auf Fakten, Ursachen und mögliche Wege der Überwindung von Missständen eingegangen wird.

Zur Diskussion: Was fordert den KDFB heraus?

Wenn Benedikt die Bedeutung der gesellschaftlichen Akteure, die weder dem Markt noch dem Staat zuzuordnen sind, so deutlich hervorhebt, ist das eine Ermutigung für die kirchlichen Verbände und Initiativen: Im Sinne des Leitbildes einer ganzheitlich verstandenen Humanität sind sie aufgerufen, sich aus christlichem Impuls in der Gesellschaft und in der Kirche zu engagieren, sich kritisch einzuschalten und aus den je eigenen Erfahrungen heraus Verantwortung zu übernehmen – für lebensförderliche Beziehungen und Institutionen. Zur Verantwortung gehört ggf. auch konstruktive Kritik verkürzter oder verkürzender Sichtweisen.

Zunächst ist zu überlegen, welche Impulse und Schwerpunkte aus der Enzyklika für die Arbeit des KDFB wegweisend sein können; nur einige Aspekte seien hervorgehoben:

Die Überlegungen des Papstes zur Wirtschaft, zu den Prinzipien des Marktes und der Unentgeltlichkeit sind ein Thema, das der weiteren Vertiefung bedarf. Frauen, die durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung über lange Zeit weitgehend darauf festgelegt wurden, gerade nicht als Marktteilnehmerinnen, sondern als unentgeltliche Arbeiterinnen in Haushalt und Familie zu wirtschaften, haben hierzu eine Menge zu sagen. Die Arbeit des KDFB zur Sichtbarmachung des Ehrenamts ist ein wichtiges Beispiel dafür. Es könnte eine lohnende Aufgabe sein, das Positive des Ansatzes, von der „Logik des Schenkens“ aus zu denken und zu handeln, zu reflektieren und zugleich zu prüfen, welche Gefahren für einen fairen gesellschaftlichen Umgang und Austausch in diesem Modell liegen könnten.

Auch Themen, die in der Logik der Grundbotschaft der Enzyklika liegen, aber nicht oder nur ganz am Rande behandelt werden, können den KDFB herausfordern, hier deutliche Akzente zu setzen – und dabei sowohl im Verband als auch für die größere kirchliche und gesellschaftliche Öffentlichkeit – besonders die Frauen- und Geschlechterperspektive stark zu machen und ins Bewusstsein zu heben :

Die Herausforderungen der internationalen Migration z.B. werden nur am Rande (offenbar vor allem bezogen auf Arbeitsmigration) angesprochen (Nr. 62); dass die Ursachen der Migration weitaus vielfältiger sind und dass es besondere Probleme der Migration von Frauen als selbständige Arbeitsmigrantinnen, als Armuts- und Umweltflüchtlinge oder auch aus Gründen der geschlechtsspezifischen Verfolgung gibt, wäre einer eigenen Würdigung wert.

Das Thema Ernährungssicherheit wird angesprochen, aber es wäre wichtig, hier tiefere Zusammenhänge zwischen der Welternährungskrise, der Friedens- und (Ab-)Rüstungsproblematik aufzudecken und daran zu arbeiten.

Die ökologische Krise wird – erstmals in einer Sozialzyklika – ausführlicher zum Thema gemacht, aber nur Teilaspekte werden besprochen. So wird die Energieproblematik angesprochen, aber der Klimawandel wird kaum berücksichtigt. Der KDFB, der schon seit vielen Jahren mit Projekten und Kampagnen die ökologischen Herausforderungen bearbeitet und zur Schärfung des ökologischen Bewusstseins beiträgt, kann hier wichtige ergänzende Impulse einbringen.

Aus der Sicht des KDFB und der kirchlichen Frauenarbeit muss es erstaunen, dass in einem aktuellen kirchlichen Dokument über die weltweite Entwicklungsproblematik die Perspektive der Frauen praktisch keine Rolle spielt. Es ist ja allgemein bekannt und wissenschaftlich sehr gut be-

legt, dass den Frauen für die Entwicklungsperspektive eines Landes entscheidende Bedeutung zukommt: Sie tragen den Hauptanteil der Sorge für die nächste Generation; gerade in armen Ländern sind die Frauen sehr häufig Familienvorstand und/oder Alleinernährerinnen ihrer Kinder. Lebensfähigkeit, Gesundheit und Bildungsbeteiligung der Kinder hängen in sehr hohem Maß von den Beteiligungschancen der Frauen ab. All das bleibt in der Enzyklika unberücksichtigt; auch die Sprache ist – bei aller Liebe – vor allem an „Brüdern“ und „Brüderlichkeit“ orientiert. Sicher soll die Frauenperspektive nicht bewusst ausgeklammert werden; aber ihr Fehlen zeigt, dass sie im Bewusstsein des Papstes und derer, die ihm zugearbeitet haben, keine tragende Rolle spielt.

Die kirchlichen Frauenverbände, nicht zuletzt der KDFB in seiner Arbeit vor Ort und in seinen größeren Vernetzungen (bis hin zur Weltebene der WUCWO), haben also noch einiges zur innerkirchlichen Bewusstseinsbildung beizutragen!

So gibt es viele Punkte, in denen sich die Perspektive der Enzyklika und die Arbeit des KDFB kritisch ergänzen können und müssen. Impulse zu setzen und aufzugreifen, ist keine Einbahnstraße! Was durch die Arbeit christlich engagierter Frauen, ihrer Gruppen und Verbände öffentlich gemacht wird, trägt zur Bewusstseinsbildung in Kirche und Gesellschaft bei. Es ist ein unverzichtbarer Beitrag zur Weiterentwicklung des sozialetischen Engagements der Kirche, für das verschiedene Akteure verantwortlich sind und sich aus dieser Verantwortung heraus wechselseitig ergänzen und korrigieren: Christinnen und Christen, die ihre Erfahrungen in der gesellschaftlichen Praxis reflektieren und sich zum Handeln zusammenschließen; die christliche Sozialethik, die wissenschaftliche Analysen und Urteilsbildungen erarbeitet, und das kirchliche Lehramt, das mit hochrangigen und öffentlich stark beachteten Wortmeldungen Impulse zur Orientierung setzt, die dann wieder in diesen vielschichtigen und unabschließbaren Prozess der gemeinsamen Verantwortung für eine ganzheitliche Entwicklung der Menschheit Eingang finden.

Anregungen zum Weiterlesen:

- Amos international. Gesellschaft gerecht gestalten. Internationale Zeitschrift für christliche Sozialethik, H.3 (2009), Themenheft zur Sozialenzyklika „Caritas in veritate“.
- Marianne Heimbach-Steins, Die Sozialverkündigung der Kirche angesichts der Globalisierung. Zur Sozialenzyklika Caritas in Veritate, in: Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim, 60. Jg. 2009, H. 4, S. 61f.
- Gerhard Kruij, Der Mensch – das echte Kapital, n

Frauen in der Kirche

„Die Kirchen müssen sich deutlicher zu Wort melden“

Weltweit erste lutherische Bischöfin Jepsen wird 65 Jahre alt

Für ein klares Wort ist sich Maria Jepsen, weltweit erste evangelisch-lutherische Bischöfin, nie zu schade. Ob Muezzin-Ruf, Homo-Ehe oder verfolgte Christen: Die in Bad Segeberg geborene Theologin scheut nicht die öffentliche Diskussion. Am 19. Januar wird die Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck 65 Jahre alt. Im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) am Freitag in Hamburg spricht Jepsen über evangelisches Selbstverständnis, den Ökumenischen Kirchentag und Angriffe gegen die Kirchen.

KNA: Frau Bischöfin Jepsen, seit Ihrer Wahl zur weltweit ersten evangelisch-lutherischen Bischöfin 1992 sind Sie gerade für viele Frauen Vorbild und Pionierin. Eine Last oder ein Ansporn?

Jepsen: Einfach normale Realität. Weitaus größer war der Druck während meiner Zeit als Pastorin auf dem Lande. Als ich Pröpstin und dann Bischöfin wurde, war zwar eine Erwartung da, aber ich fühlte mich stark genug für diese Herausforderung. Dennoch war ich glücklich, dass kurz darauf zwei weitere Bischöfinnen in Norwegen und USA, später dann auch in Deutschland gewählt wurden. Ich musste natürlich für Vieles herhalten, weil ich als Frau bestimmte Themen benannt habe. Aber das tue ich gern, sonst würde keiner diese Dinge ansprechen.

KNA: Wie bewerten Sie derzeit den Stand der Ökumene mit der katholischen Kirche?

Jepsen: Wir haben gelernt, ökumenisch aufeinander zuzugehen und uns zu achten, aber es gibt auch viele Unterschiede, bei denen wir nicht weiterkommen. So wäre es zum Beispiel verfrüht und unangemessen, gemeinsam Abendmahl zu feiern. Aber das schmerzt, und das sollen wir auch sagen. Bestimmte Feiern können wir nicht gemeinsam haben, weil wir als evangelische Kirche doch nicht als Kirche im vollen Sinne anerkannt werden von der katholischen Kirche. Das stört nicht unser Selbstverständnis, wir sind Kirche Jesu Christi, aber es ist Hinderungsgrund für das gemeinsame Abendmahl.

KNA: In der Praxis wird es oft ganz anders gehandhabt...

Jepsen: Ich würde mir wünschen, dass die katholische Kirche auch offiziell anerkennen würde, dass wir voll und ganz gültig Kirche sind. Denn nach dem Neuen Testament gibt es nicht nur einen Typus Kirche als Institution, sondern verschiedene Typen in einer versöhnten Vielfalt.

KNA: Beide Kirchen leiden unter dem Rückgang von Mitgliederzahlen und Finanzmitteln. Ist hier eine gemeinsame Strategie möglich?

Jepsen: Wir sollten als Kirchen sehr deutlich betonen, dass unser Auftrag nicht nur im Karitativ-Diakonischen liegt und wir keinesfalls nur Lobby für uns selbst sind. Wir wollen den Menschen Hoffnung vermitteln durch Jesu Botschaft. Beim Thema Finanzen müssen wir eine Lösung finden, die gesellschaftlich und politisch unterstützt wird, weil wir etwa mit Kitas, Krankenhäusern

und Pflegeeinrichtungen viele gesellschaftlich notwendige Aufgaben übernommen haben. Ich möchte nicht, dass die Ökonomisierung so stark wird, dass schwache Menschen nur noch mit dem Notdürftigsten versorgt werden.

***KNA:** Im Mai findet in München der 2. Ökumenische Kirchentag statt. Welche Hoffnung verbinden Sie damit?*

Jepsen: Ich finde es sehr wichtig, dass hier sicher von der Basis her manches Drängen kommen wird. So sind wir gezwungen, uns auch in schwierigen theologischen Fragen zu äußern - selbst wenn wir dann sagen, da kommen wir nicht weiter. Denn wir brauchen mehr Schwung und dürfen nicht in den alten Streitigkeiten des 16. oder des 20. Jahrhunderts stehen bleiben. Wir alle haben den Auftrag, christliches Leben in Deutschland neu zu benennen, damit auch Nichtchristen verstehen, was Christsein heißt. Denn die anderen sehen oft nur unseren Streit und nicht die positiven Seiten, die wir auch im ökumenischen Miteinander entwickelt haben. Da sind wir verpflichtet, in der Lehre und im Leben Antworten zu geben.

***KNA:** Heute ist viel von einem aggressiven Atheismus die Rede. Erleben Sie den auch?*

Jepsen: Eher weniger. Allerdings finde ich es schon stark, welche Beleidigungen die Kirche manchmal aushalten muss. Vielleicht sind wir hier zu schweigsam. Aber unser Grundsatz lautet ja "Wenn dir einer auf die rechte Backe schlägt, dann halte auch die linke hin". Unseren Gott kann keiner mit Karikaturen beleidigen. Ich frage mich aber schon, ob manche Anspielung etwa in der Werbung auf die Zehn Gebote oder den Sonntag noch anständig ist. Vieles finde ich respektlos. Da müssen wir uns als Kirchen deutlicher zu Wort melden, damit eine gute Kultur erhalten bleibt.

Interview: Sabine Kleyboldt (KNA)

„Reflexion über ethische Themen muss gestärkt werden“

Frankfurter Ethikerin Haker zur Ethik-Beratergruppe der EU

Mit der Wahl der neuen EU-Kommission endet formell auch die Amtszeit der Ethik-Beratergruppe (EGE), die seit 2005 EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso beriet. Die Bewerbungsfrist für das Nachfolge-Gremium endete am 31. Januar. Aus Deutschland gehörten die Frankfurter katholisch-theologische Ethikerin Hille Haker und der Stuttgarter Informationswissenschaftler Rafael Capurro dem 15-köpfigen Gremium an. Im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) zog Haker Bilanz über die Arbeit der vergangenen fünf Jahre. Hille Haker ist Mitglied von Agenda – Forum katholischer Theologinnen.

KNA: Frau Professorin Haker, die Amtszeit der EU-Ethik-Beratergruppe geht zu Ende. Darin waren Naturwissenschaftler und Mediziner, Juristen und Ethiker versammelt - eine bunte Mischung und wegen der unterschiedlichen Perspektiven womöglich Basis für heftige Debatten. Haben Sie viel gestritten?

Haker: Wir haben viel diskutiert - und wir haben dabei ein intensives Training in Wissenschaftssprache betrieben. Wir sind ganz disparat gestartet, auch mit einer gehörigen Position Misstrauen von außen und von innen. Gerade die christliche oder katholische Dimension in der EGE war ja nicht unumstritten. Aber ein viel größeres Problem waren die unterschiedlichen Wissenschaftssprachen. Wenn man sich einmal in ein Thema eingearbeitet hat, ist es unglaublich schwierig, die ethischen Probleme nicht nur zu benennen, sondern sie auch einer Bewertung zu unterziehen. Wir haben sehr intensiv daran gearbeitet, zumindest zu verstehen, wie jemand zu seiner Position kommt, warum bestimmte Urteilsweisen jemandem wichtig sind. Es ist uns aber gelungen, nicht nur unseren Gegenstandsbereich auszuweiten, indem wir uns mit Fragen über die klassische Bioethik hinaus beschäftigt haben. Wir haben vielmehr auch versucht, unsere Methodologie zu verbessern. Am Ende haben wir uns immer mehr in Richtung eines menschenrechtsorientierten Ansatzes bewegt.

KNA: Sie haben es gerade angesprochen: Als die 15 Mitglieder 2005 berufen wurden, gab es Kritik, die katholische Position sei zu stark vertreten. Hat das Konsequenzen für Ihre Arbeit gehabt?

Haker: Wir hatten am Anfang Glück, dass wir uns mit einem Thema befassen mussten, wo wir alle sehr viel zu lernen hatten, nämlich der Nanomedizin. Beim Thema Embryonenforschung war das dann ein Vabanquespiel. Aber wir waren in ein Korsett gezwängt, da wir nur über die Kriterien der Forschungsprojekte ein Urteil abgeben sollten. Wir haben nicht bei dieser Stellungnahme die härtesten Auseinandersetzungen gehabt, sondern bei den Gerechtigkeitsfragen der modernen Landwirtschaft. Man muss aber auch sehen, dass wir gemeinsam die Themen ausgeweitet haben. Wenn man etwa an die ethischen Fragen denkt, die aus der Landwirtschaft erwachsen, dann sieht man, dass die embryonale Stammzellforschung eigentlich ein Grenzbereich ist, der nicht im Zentrum der ethischen Auseinandersetzung stehen sollte.

KNA: *Sie haben es schon erwähnt: Die Ethik-Beratergruppe hat Stellungnahmen zu so unterschiedlichen Themen wie Nanotechnologie, Landwirtschaft oder EU-Forschungsförderung abgegeben. Haben Sie damit bei den politisch Verantwortlichen Gehör gefunden?*

Haker: Das ist ganz unterschiedlich. Bei der Nanomedizin auf jeden Fall, bei der Frage der Nutzung der Nachkommen von Klontieren für die Nahrungsmittelindustrie ist die Entscheidung noch nicht abschließend gefallen. Bei der Frage der Ethik in der Landwirtschaft bin ich enttäuscht, dass so wenig passiert ist. Vielleicht kommt das aber wieder auf die Tagesordnung.

Und auch bei der embryonalen Stammzellforschung hat die Entwicklung andere Wege genommen, als wir sie uns gewünscht hätten. Unsere jüngste Stellungnahme, die sich mit der synthetischen Biologie befasste, behandelt ein so neues Feld, dass man erst in zwei bis vier Jahren sehen wird, was daraus an politischen Entscheidungen folgt. Aber das haben wir ganz gut vorbereitet.

KNA: *Ganz generell: Gelingt es in der EU ausreichend, gegenüber Wirtschaft und Forschung aus der Ethik-Debatte resultierende Positionen zu Gehör zu bringen? Oder gibt es da ein Defizit?*

Haker: Nach wie vor bin ich der Meinung, dass das ungenügend gelingt. Die EU hat jetzt den Lissabon-Vertrag, der die Werte benennt und die Grundrechtecharta rechtsverbindlich macht. Mit EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso und dem ständigen Ratspräsidenten Herman Van Rompuy stehen Persönlichkeiten an der Spitze, die sich auf diese Werte berufen. Damit wird ein Fenster geöffnet. Aber die Reflexion über ethische Themen muss noch gestärkt werden - und dabei geht es nicht nur darum, Probleme zu benennen, sondern jeweils Kriterien für das politische Handeln zu entwickeln. Wir bräuchten eigentlich eine ethische Denkfabrik, die eine solche politiksnahe Reflexion leisten kann. Das geht über das, was die Ethik-Beratergruppe leisten kann, hinaus. Es müsste darum gehen, den riesengroßen Abstand zwischen prinzipiellen Werten und der Umsetzung in die politische Arbeit zu verringern. Die Experten dafür gibt es in der EU, aber die Ethik-Beratergruppe ist dafür wegen ihrer anderen Aufgabenstellung nicht geeignet.

KNA: *Ihr Auftrag ist beschränkt auf die Ethik in Wissenschaften und neuen Technologien. Angesichts der Wirtschaftskrise stellt sich die Frage, ob es nicht eine Ethik-Beratergruppe etwa auch zu Wirtschaft und Finanzen geben müsste.*

Haker: Das glaube ich nicht. Unsere Beratergruppe ist wegen der neuen Fragestellungen gegründet worden, die aus den neuen Technologien erwachsen. Bei den von Ihnen angesprochenen Themen ist es aber nicht so, dass neue Fragestellungen auf einmal vom Himmel gefallen wären. Das könnte man mit ganz normalen Forschungsprojekten lösen, die Strukturen sind eigentlich vorhanden. Es geht nur darum, deren Ergebnisse auch zu Gehör zu bringen.

KNA: *Würden Sie gerne der nächsten Ethik-Beratergruppe wieder angehören?*

Haker: Ich würde sehr gerne weitermachen und finde, das war eine sehr wichtige Arbeit. Ich habe mich wieder beworben und hoffe jetzt, dass ich auch der nächsten Ethik-Beratergruppe wieder angehören werde.

Interview: Christoph Lennert (KNA) – 9. Februar 2010